



Das politische System der DDR

DDR-NOSTALGIE UND DDR-DIKTATUR: WIE „HEIMELIG“ WAR ES IM SOZIALISMUS?

INHALT

1 Politikdidaktische Hinweise

1.1 Aktualitätsprinzip und politisches System der DDR

1.2 Personenbezogener Ansatz: Typische Lebensläufe

2 Lehrerinformationen: Kenntnisse, Erkenntnisse und Einsichten/Arbeitsergebnisse

3 Materialien und Arbeitsaufträge

3.1 Materialien für die Einstiegs- und Problematisierungsphase

M 1 Ostalgie

M 2 Dem Zorn der Obrigkeit getrotzt

3.2 Arbeitsaufträge zu M 1 und M 2

3.3 Materialien für die Analyse- und Erarbeitungsphase

M 3 Zentrale ideologische Elemente der SED-Diktatur

M 4 Strukturelemente der SED-Diktatur

M 5 Modell: Struktur der SED-Diktatur in der DDR

M 6 Das Ministerium für Staatssicherheit

3.4 Materialien für die Beurteilungsphase

M 7 Bedeutung der Parteiendiktatur für die Alltagswelt der Bürger / Interne Kritik

M 8 Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland

M 9 Strukturprinzipien der Bundesrepublik Deutschland

3.5 Arbeitsaufträge für die gesamte Unterrichtsreihe

1. POLITIKDIDAKTISCHE HINWEISE

1.1 Aktualitätsprinzip und politisches System der DDR

Die folgende Unterrichtsreihe ist an dem Aktualitätsprinzip und an dem Prinzip der Problemorientierung ausgerichtet, wie das bei der politischen Bildung immer der Fall sein sollte.¹ Diese politikdidaktische Grundentscheidung ist in dem Anspruch begründet, dass der Lernprozess in der politischen Bildung bei der aktuellen Diskussion ansetzt und sich von einem Politikunterricht abhebt, der ausschließlich die Sachinformation, z.B. über den Marxismus-Leninismus oder das Demokratieprinzip anstrebt.²

Denn die schulische und außerschulische politische Bildung ist ein Teil des gesamtgesellschaftlichen politischen Kommunikationsprozesses. Allerdings zeichnet sich dieser Teil des gesamtgesellschaftlichen politischen Kommunikationsprozesses dadurch aus, dass den Lernenden analytische und methodische Fertigkeiten vermittelt werden. Die damit vermittelten Kompetenzen sollen sie dazu befähigen, ihre Bürgerrolle besser wahrnehmen zu können.

So besteht auch das Ziel der vorliegenden Unterrichtsreihe darin, die sachbezogenen Funktionszusammenhänge der politischen Diskussion über die DDR aufzuzeigen. Ein wesentliches Element dieser Diskussion ist in der auch in empirischen Untersuchungen immer wieder dokumentierten DDR-Nostalgie, der „Ostalgie“ (M 1; M 2) zu sehen. Diese Untersuchung der aktuellen politischen Diskussion wird mit der Vermittlung politischen Grundwissens zu verknüpfen sein (M 1 – M 6), damit sich die Lernenden ein begründetes Urteil über die Problemfrage, die der Unterrichtsreihe zu Grunde liegt: „DDR - Nostalgie und DDR - Diktatur: Wie „heimelig“ war es im Sozialismus?“ bilden können (3.4; 3.5).

Bei der Analyse des Problems (3.3) steht in besonderer Weise die sachliche Klärung von Begriffen und politischen Funktionszusammenhängen im Mittelpunkt. Denn ein wesentliches Element von aktuellen Diskussionen besteht in der interessenbezogenen Interpretation von Begriffen. Bezogen auf den Lerngegenstand des politischen Systems der DDR geht es z.B. um die Beantwortung der Fragen: „War die DDR eine Diktatur? „War der Sozialismus in der DDR gut, nur von der SED und von der Stasi mit falschen Methoden (Repressionen) durchgesetzt?“

1.2 Personenbezogener Ansatz: Typische Lebensläufe

Neben dem Aktualitätsprinzip und der damit verbundenen Problemorientierung zeichnet sich die Unterrichtsreihe durch die Berücksichtigung des personenbezogenen Ansatzes aus. Bei diesem politikdidaktischen Ansatz stehen besonders die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Alltagswelt der Bürger im Mittelpunkt.³

Dabei sind nicht nur die unmittelbaren, direkt zu beobachtenden Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Lebenssituation der Menschen (M 2), sondern auch diejenigen Entscheidungen zu sehen, die in einem umfassenderen Sinne die Rahmenbedingungen der Menschen bestimmen und in denen die Menschen ihre Lebenswege gestalten müssen (M7).

¹ Vgl. Carl Deichmann, Lehrbuch Politikdidaktik, Wien/München 2004, S. 6ff..

² Vgl. Walter Gagel, Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts, Opladen 2000, bes. S. 57ff. zur Frage der Lerngegenstände in der politischen Bildung.

³ Vgl. Carl Deichmann, Politische Bewusstseinsbildung in der Alltagswelt: Bedeutung des personenbezogenen Ansatzes, in: Polis. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, H. 2/2007, S. 13- 16.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Diese Lebenswege sind in ihrer Abhängigkeit von den politischen Rahmenbedingungen darzustellen.

www.DDRMythen.de

Der personenbezogene Ansatz vermittelt somit zwischen der individuellen und der strukturellen Ebene. So können politische Prozesse und politische Strukturen durch biographische Perspektiven von innen heraus beleuchtet werden.

Eine so verstandene politische Bildung verschafft Kenntnisse über politische und historische Tatbestände und Zusammenhänge, indem die Lernenden den individuellen und strukturellen Aspekt der politischen Realität, aber auch deren Werteebene erschließen können. Dieser Bewusstseinsbildungsprozess findet dann statt, wenn sich die Lernenden in die Entscheidungssituation sowie in die Situation der von politischen Entscheidungen Betroffenen hineinversetzen. Sie entwickeln ihr eigenes politisches Bewusstsein, wenn sie sich fragen: „Wie hätte ich in der konkreten politischen Situation entschieden?“ oder: „Wie hätte ich mich als Betroffener in der entsprechenden historischen und politischen Situation verhalten?“. Dies führt junge Menschen zu der weiterführenden Frage: „Welche Konsequenzen muss ich für mein politisches Verhalten ziehen?“ (Vgl. Arbeitsauftrag 3 am Ende der Unterrichtsreihe)

2 LEHRERINFORMATIONEN: KENNTNISSE, ERKENNTNISSE UND EINSICHTEN/ARBEITSERGEBNISSE

Im Folgenden werden die wichtigsten Arbeitsergebnisse auf der Ebene der Sachkompetenz zusammengefasst und weitere Lehrerinformationen gegeben.

Mit dem starren Festhalten an der führenden Rolle der SED in der DDR geriet Ende der achtziger Jahre die kommunistische Partei in immer stärkeren Widerspruch zur Bevölkerung (M7) und zu den kommunistischen Parteien in den osteuropäischen Staaten und führte zur Friedlichen Revolution. Herrschaftsanspruch der SED (Ideologie)

In der „sozialistischen Demokratie der DDR“ sollte die Diktatur einer Klasse, derjenigen des Proletariats, unter der Führung der SED durchgeführt werden. Dies bedeutete:

- Vergesellschaftung von Landwirtschaft und Industrie (sie werden von der SED kontrolliert oder verwaltet), Kontrolle aller Lebensbereiche sowie die Einbindung anderer politischer Gruppierungen in die Politik der SED.
- Überwindung der „formalen bürgerlichen Demokratie“, also die Abschaffung derjenigen Elemente der liberalen Demokratie, welche die Freiheits- und Mitbestimmungsrechte der Bürger garantieren (M 3 – M 5; M 9).

Nach der Ideologie der SED schafft die Vergesellschaftung des Eigentums die Bedingung dafür, dass die arbeitende Klasse in der Gesellschaft ihre Interessen praktisch verwirklichen kann. Der Herrschaftsanspruch der SED wurde ideologisch mit dem historischen Auftrag der SED, die kommunistische Gesellschaft zu errichten, begründet.

Nach der Lehre von Marx und Engels, auf die sich die SED berief, wird die Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen verstanden. Im „real existierenden Sozialismus“ der DDR sollten die Klassengegensätze aufgehoben werden, da nun die Menschen gemeinsam, im Kollektiv, produzieren und konsumieren, wie dies in der Urgesellschaft geschehen sei (M 3). Damit erhebt die SED den alleinigen Wahrheitsanspruch, die Geschichte „richtig“ zu interpretieren. Andere Interpretationen werden ausgeschlossen und bekämpft. Dieser Wahrheits- und Machtanspruch führt in die Diktatur. Die Repressionen, welche das MfS durchführte, sind als logische, menschenverachtende Konsequenz dieses Wahrheits- und Herrschaftsanspruchs zu verstehen.

spruchs zu sehen. Insofern gibt es keinen „heimeligen“ Sozialismus (M 1). Der relativ positiven Beurteilung des Sozialismus in der DDR, die sich in den Umfragen zeigen (M 1), liegt oft, so ist zu vermuten, eine Verwechslung zwischen den positiven privaten Erfahrungen in der Jugend und der repressiven SED - Diktatur zu Grunde.

Die führende Rolle der kommunistischen Parteien und die Diktatur des Proletariats wurde in der Parteilehre von Lenin entwickelt. Die Parteielite hat danach die Aufgabe, die kommunistische Partei sowie die ganze Gesellschaft zu führen.

Wahlen, Parteien, Massenorganisationen

Im Gegensatz zu Wahlen in einer Demokratie (M4; M8; M9) dienten die Wahlen in der DDR nicht der Auslese von Personen, die in Parlament und Regierung mit Herrschaftsfunktionen betraut sind. Sie besaßen vielmehr die Funktion, die Einheit von Volk und Führung zu dokumentieren. In der Nationalen Front, welche die Einheitsliste erstellte, waren die Parteien und Massenorganisationen unter der Führung der SED vereinigt. Neben der Aufgabe, die Wahlen zu organisieren, sollte die Nationale Front durch eine große Anzahl von Aktionen die Bürger für die Politik der SED gewinnen. Innerhalb der Nationalen Front bestimmte die SED die Aufstellung von Kandidaten; sie entschied über Nominierung und Reihenfolge. Da die Stimmabgabe in der Regel öffentlich war und nur selten die nach dem Wahlgesetz mögliche Streichung von Kandidaten in der Wahlkabine vorgenommen wurde, erreichten die Kandidaten der Nationalen Front immer über 99 % der Ja-Stimmen. Wahlfälschungen konnten wegen des Herrschaftsmonopols der SED nicht überprüft werden. So wurde der ehemalige Ministerpräsident der DDR, Modrow, SED, am 9.8.1995 dafür verurteilt, bei den Kommunalwahlen 1989 Wahlfälschungen im Bezirk Dresden begangen zu haben.

Organisationsaufbau der SED /Demokratischer Zentralismus

Viele Bürger der DDR waren Mitglieder der SED, weil die Mitarbeit berufliche Sicherheit garantierte. Ein Aufrücken in Führungspositionen in Wirtschaft, Kultur, Sport und Wissenschaft war ohne Aktivitäten in einer Grundorganisation nicht denkbar. (M 4; M 5; M 7). Das Politbüro des Zentralkomitees der SED war das wichtigste Parteiorgan. Es bestimmte, straff geführt vom Generalsekretär der SED, die Richtlinien von Partei und Staat.

Demokratischer Zentralismus

Im Gegensatz zum liberalen Prinzip der innerparteilichen Demokratie (Art. 21 Abs. 1 GG) und zu den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit (M 9) enthielt das Prinzip des demokratischen Zentralismus ein starkes zentralistisches Element: die Verbindlichkeit der Beschlüsse übergeordneter Partei- und Staatsorgane für die untergeordneten Partei- und Staatsorgane sowie die straffe Parteidisziplin. (M 4)

Die Herrschaft der SED in Staat und Gesellschaft

Im Gegensatz zum Regierungssystem der liberalen Demokratie (M 8) zeichnete sich dasjenige der DDR durch eine straffe Zentralisierung aus. Die Staatsorgane wurden von der Partei auf allen Ebenen gelenkt. Es gab eine weitgehende personelle Übereinstimmung zwischen den Führungsorganen der Partei und den Führungsorganen des Staates auf den entsprechenden Ebenen (M 5).

Die Volkskammer war nach der Verfassung der DDR das oberste staatliche Organ, weil sie in ihren Plenarsitzungen die Grundfragen der Staatspolitik bestimmen sollte. Außerdem wählte die Volkskammer den Staatsrat, den Ministerrat, das oberste Gericht der DDR, den General-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

staatsanwalt und den Vorsitzenden des nationalen Verteidigungsrates (M 5). Tatsächlich vollzog jedoch die Volkskammer nach dem „Grundsatz der Einheit von Beschlussfassung und Durchführung“ die Beschlüsse des Politbüros und goss diese in eine Gesetzesform.

Obwohl im Artikel 54 der Verfassung der DDR besonders hervorgehoben war, dass die 500 Abgeordneten der Volkskammer für 5 Jahre in freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden, repräsentierten die Abgeordneten nicht den Volkswillen. Die Bürger hatten bei der Wahl keine Auswahl zwischen verschiedenen Bewerbern. Zudem war die Sitzverteilung in der Volkskammer (Anzahl der Abgeordnetensitze der Parteien und Massenorganisationen) schon vor der Wahl festgelegt. Ebenso ging aus dem Parlament der DDR nicht die Regierung hervor. Die Abgeordneten kontrollierten auch nicht die Regierung, sondern stimmten den von der Regierung getroffenen Entscheidungen zu. Es gab keine Diskussionen, weil keine Opposition existierte. 90 % der Abgeordneten gehörten der SED an. Die wichtigste Aufgabe der Abgeordneten in der Volkskammer bestand darin, Gesetze zu verabschieden, in denen die Beschlüsse der Partei zur Wirkung kamen. Durch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit sollten die Abgeordneten die Einheit von Volk und Führung demonstrieren.

Die Exekutive schrieb der Legislative vor, über welche Personal- und Sachfragen einstimmig zu entscheiden war.

Recht und „Unrechtsbereinigung“

Im Gegensatz zur Rechtsstaatlichkeit in der liberalen Demokratie (M 8; M 9) diente im sozialistischen Staat das Recht nicht primär dem Schutz des Individuums, sondern es wurde in den Dienst der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft gestellt: Wichtige Grund- und Freiheitsrechte wurden nicht garantiert (keine Presse- und Meinungsfreiheit); Grenzen von Wissenschaft, Forschung und Kunst nach § 106 des Strafgesetzbuches; keine Demonstrationen außerhalb des staatlich festgesetzten Rahmens (M 7). Es gab keine Gewaltenteilung und kein Recht auf Klage der Bürger vor Verwaltungs- und Verfassungsgerichten. Das oberste Gericht war das höchste Organ der Rechtssprechung, und es leitete die Rechtssprechung der untergeordneten Gerichte (nach Art. 93 der Verfassung der DDR) auf Bezirks- und Kreisebene. Auch hier galt das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ (M 4; M 5).

Nach der Friedlichen Revolution 1989 wurden tausende Ermittlungsverfahren wegen Rechtsbeugung in der ehemaligen DDR durchgeführt (Rechtswidrigkeit von Urteilen). Entsprechend Art. 17 des Einigungsvertrages, in dem eine Rehabilitierung der Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung in der ehemaligen DDR vereinbart worden war, erhalten nach dem Unrechtsbereinigungsgesetz von 1992 Justizopfer in der ehemaligen DDR Entschädigung für die zu Unrecht verbrachte Haft und nach dem 2. SED Unrechtsbereinigungsgesetz erhalten ehemalige Bürger der DDR, welche beruflich benachteiligt wurden, Entschädigungen. Bürger der ehemaligen DDR, welche aus dem ehemaligen DDR-Grenzstreifen zwangsumgesiedelt wurden, erhalten ihre Grundstücke zurück und haben u. U. Anspruch auf Entschädigung. Gerichtsentscheidungen und Entschädigungen können natürlich nicht die Beschädigungen tausender von Biografien durch SED-Unrecht ungeschehen machen.

Massenmedien und Kirchen

Die Massenmedien in der DDR hatten die Aufgabe der „Agitation und Propaganda“. (M 7) Die Zensur der Nachrichtenvermittlung erfolgte durch die Abteilung „Agitation“ beim Zentralkomitee der SED, welche gleichzeitig das Presseamt der DDR-Regierung war. Diese leitete den Informationsfluss zu den Zeitungen, zu Hörfunk und Fernsehen. Jedoch war der weitestaus größte Teil der DDR-Bürger nicht auf die DDR-Medien angewiesen, denn sie hatten die

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Möglichkeit, Hörfunk- und Fernsehsendungen aus der Bundesrepublik Deutschland zu empfangen.

www.DDRMythen.de

Obwohl die SED wegen ihres Monopols in Staat und Gesellschaft und mit Hilfe der Massenorganisationen versuchte, den größten Teil der DDR-Bevölkerung für ihre Ziele zu mobilisieren, konnten in den Kirchen die Bürger relativ unabhängig von staatlicher Bevormundung und Kontrolle gesellschaftliches Engagement zeigen. Dieses Engagement bedeutete allerdings oft einen Verzicht auf eine berufliche Karriere. Die Kirchen nahmen offiziell keine Opposition gegen den sozialistischen Staat ein, wenn dies auch oft einen Balanceakt zwischen der Anerkennung der sozialistischen Gesellschaft und dem Eintreten für christliche Prinzipien, für den Frieden und für die Menschenrechte bedeutete.

Auswirkungen der SED-Herrschaft auf den Alltag

Der ideologischen Beeinflussung waren die Menschen in der DDR in allen Lebensbereichen ausgesetzt. (M 7) Allerdings bestand eine große Kluft zwischen dieser Ideologie, welche die Menschen umgab, und ihren eigenen Lebenserfahrungen (Wohnungsnot, schlechte Versorgung mit Gütern für den täglichen Bedarf u.a.). Die „Allgegenwart des Ideologischen“ führte deshalb auch zu einer großen Gleichgültigkeit gegenüber den ideologischen Aussagen.

Wollte man jedoch in Schule, Hochschule, Ausbildung und Beruf Erfolg haben, so war ein „gesellschaftliches Engagement“ (wie z. B. die Mitarbeit bei den Jungen Pionieren, in der FDJ, der SED oder in den Blockparteien) unabdingbar (M 4; M7).

3. MATERIALIEN UND ARBEITSAUFTRÄGE

3.1 Materialien für die Einstiegs- und Problematisierungsphase

M1 Ostalgie

A) DAS LANGE LEBEN DER DDR

Als im Herbst 1989 die Menschen in der DDR ihre verfassungsmäßig verbürgten Grundrechte bei Partei- und Staatsführung einklagten und konkrete Reformen forderten, hätte sich wohl kaum jemand träumen lassen können, daß nur wenige Jahre später das einstmals verhasste repressive System in seiner nostalgischen Verniedlichung im wahrsten Sinne des Wortes „fröhliche Urständ“ feiern würde. Es scheint heute so, als habe die DDR im Bewußtsein ihrer ehemaligen Bürger an dem Schrecken verloren, der sie einst auf die Straße und zum Protest trieb. Eine Ursache dafür liegt im "friedlichen Tod" der DDR nach einer "Revolution ohne Rache". "Und ein friedlicher Tod hat, wie wir wissen, die Eigenart, nachträglich dem Verblichenen einen Heiligenschein umzuhängen."

In der Wahrnehmung nicht weniger Ostdeutscher reduzieren sich heute – um es provokant zuzuspitzen – vierzig Jahre real existierender Sozialismus auf soziale Sicherheit mit niedrigen Mieten und Lebensmittelpreisen, auf Überschaubarkeit der Gesellschaft mit ihren Möglichkeiten und Grenzen, auf kollegiale Geborgenheit am Arbeitsplatz und auf Urlaube am FKK-Strand in Prerow oder im preiswerten FDGB-Hotel im Thüringer Wald. Die DDR unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei mutiert nach ihrem Ableben in der Erinnerung vieler Menschen zu einem beschaulichen und liebenswerten Ort mit (Beinahe-) Vorbildfunktion.

In einer Tageszeitung berief sich beispielsweise ein Leser auf den lexikalischen Hinweis, wonach Nostalgie als „Heimweh und die Sehnsucht nach dem Verlorenen“ zu verstehen sei. Dies klingt nun gerade so, als hätte die Bundesrepublik unrechtmäßig und mit unbotmäßi-

gen Mitteln die DDR zwangskolonialisiert und die ostdeutschen Adams und Evas unfreiwillig aus ihrem realsozialistischen Paradies gestoßen.

Zahlreiche Publikationen zum Teil sinisterrer Verlage malen eine idyllische DDR in leuchtenden Farben. Und wenn für andere schon nicht als Vorbild tauglich, so ist der „erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ in der Spaßgesellschaft doch wenigstens partykompatibel. Die Berliner Zeitung berichtete 1997 von einer der in den neuen Bundesländern populären Ost-Parties, bei der ein extra aus Polen engagiertes Stalin-Double auftrat. "Ein junger, leicht übergewichtiger Mann gab gutgelaunt den Massenmörder in Uniform, drückte Mädels in Lackhöschen und ballte die Faust." Der Veranstalter zeigte sich stolz auf sein Programm, das "keine Tabus" kenne. Angesichts derart geschichtsvergessener Geschmacklosigkeiten darf ernsthaft gefragt werden, ob eine Befürchtung, die der Historiker Christian Striefler im Jahre 1996 äußerte, inzwischen ihres Konjunktivs beraubt werden kann:

"Es verwundert nicht, wenn im Schatten von Verklärungen und Lügen, von Reinwaschungen und fragwürdigen Legitimationen eine DDR-Nostalgie entsteht, an deren Ende auch das menschenverachtende System des Sozialismus seine Schrecken verlieren könnte." (Michael Ploenus, Das lange Leben der DDR, in: Tabula Rasa. Jenenser Zeitschrift für kritisches Denken, Ausg. 17, Jena 2002.)

B) EINSTELLUNGEN ZUM SOZIALISTISCHEN SYSTEM

Tabelle A39

nur Befragte über 30 Jahre		Zufriedenheit mit dem Sozialismus in der DDR				
Zeilenprozente	neue Grundge- samtheit (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	824	7	54	28	10	3
Geschlecht						
Männer	391	3	50	33	10	4
Frauen	433	10	57	23	9	2
Alter						
18-24 Jahre	0	0	0	0	0	0
25-34 Jahre	71	7	51	34	8	1
35-44 Jahre	191	7	54	31	6	3
45-59 Jahre	248	6	55	26	8	5
60 Jahre und älter	314	7	53	26	13	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	207	10	53	27	8	2
10. Klasse	350	6	55	28	10	3
Abitur	55	1	40	40	15	3
(Fach-) Hochschulabschluss	213	5	55	26	11	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	422	4	55	31	7	4
in Ausbildung	4	0	74	5	0	21
arbeitslos	85	11	64	17	6	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	312	9	49	27	14	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	128	4	59	31	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	177	6	55	28	7	5
höh.-leit. Ang./Beamte	61	3	48	32	9	8
Landw./Selbst./Freiber.	55	3	49	36	9	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	537	8	60	25	5	2
evangelisch	214	5	42	32	17	4
katholisch	73	0	40	39	17	4

Wie zufrieden waren Sie so alles in allem mit dem Sozialismus, so wie er in der DDR bestanden hat?

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

(Edinger, Michael/Hallermann, Andreas/Schmitt, Karl, Politische Kultur im Freistaat Thüringen 1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2005, Jena 2005, Tabelle A 39.)

M2 Dem Zorn der Obrigkeit getrotzt

Dieser Ort war auf keiner Karte in der DDR verzeichnet: Die Stasi-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen. Seit einiger Zeit ist sie zum Symbol für den Schrecken der SED-Diktatur geworden. Wer dort eingeschlossen war, blieb für die Außenwelt wie vom Erdboden verschluckt. Weder der Verhaftete, noch seine Angehörigen wussten, wo er sich befand und seine Peiniger sagten es ihm nicht.

Vor mehr als 30 Jahren war dort einer der wichtigsten Oppositionellen des SED-Staates, Jürgen Fuchs, eingesperrt. Sein Protest gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann war der Anlass, ihn zu inhaftieren. Doch den Willen, er selbst zu sein, ließ sich der Schriftsteller und Menschenrechtler auch durch tägliche, stundenlange Verhöre nicht austreiben. In dieser Situation verzweifelter Ausweglosigkeit hatte er die Kraft, die psychologisch ausgefeilten Zermürbungstechniken während der Verhöre zu analysieren und sich einzuprägen.

Schon relativ kurze Zeit nach seiner Zwangsabschiebung 1977 in den Westteil Berlins veröffentlichte er eine „Spiegel“-Serie und ein Buch, in dem er die hinterhältigen und subtilen Methoden der Unterdrückung in seinem charakteristischen dokumentarischen Stil darstellte.

Fuchs gehörte zu den ersten, die darauf aufmerksam machten, dass die Gewalt in der SED-Diktatur in ein neues Gewand geschlüpft war. Diese zielte bei der ideologisch motivierten Säuberung der Gesellschaft vor allem auf das unschädlich Machen des denkenden und wollenden Ichs, um gefügige Menschen herzustellen.

1950 im vogtländischen Reichenbach geboren, war Fuchs schon als Schüler wegen kritischer Meinungsäußerungen bei der Schulleitung aufgefallen. Nach dem Wehrdienst bei der NVA wurde er 1971 überraschend zum Studium der Sozialpsychologie an der Universität Jena zugelassen.

Erste Publikationen des Lyrikers und Prosaautors fielen in diese Zeit, das meiste blieb jedoch unveröffentlicht. Allerdings erregte Fuchs mit seinen oppositionellen Texten den entschiedenen Zorn der SED-Obrigkeit. Kurz vor dem Examen wurde er deshalb 1975 „wegen Schädigung des Ansehens der Universität in der Öffentlichkeit“ exmatrikuliert. Aufnahme fanden seine Familie und er bei dem bekannten DDR-Dissidenten Robert Havemann in Grünheide. Dort wurde er verhaftet und nach neun Monaten nach West-Berlin abgeschoben. Die Stasi gab ihm die Worte mit auf den Weg: „Legen Sie sich später nicht mit uns an. Wir finden Sie überall. Auch im Westen. Autounfälle gibt es überall.“

Doch ließ er sich davon nicht einschüchtern und veröffentlichte in der Bundesrepublik bald darauf seine Bücher „Gedächtnisprotokolle“ und „Vernehmungsprotokolle“, in denen er in bewusst klarer Diktion Innenansichten der Macht im SED-Staat und ihrer Zwangssozialisation lieferte. Zudem hielt er Kontakt zu oppositionellen Gruppen im Ostblock. Auch aus diesem Grund stand er weiterhin unter Beobachtung durch die Staatssicherheit, die versuchte, ihn mit Hilfe von ausgeklügeltem Psychoterror zu „zersetzen“. So explodierte vor seinem Haus eine Bombe, ein anderes Mal wurden die Bremsschläuche seines Autos durchgeschnitten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

Nach dem Fall der Mauer bemühte sich Jürgen Fuchs besonders um die Aufklärung der Verbrechen des MfS. Ab 1991 arbeitete er in der Gauck-Behörde, wo ihm wieder ehemalige Mitarbeiter der Stasi begegneten, die nun ebenfalls bei der Behörde beschäftigt waren. Aus Protest dagegen legte er 1997 seine Arbeit nieder.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass er an Leukämie erkrankt war. In ihm keimte der Verdacht, dass die Krankheit durch versteckte Anwendung von Röntgenstrahlen während seiner Haftzeit verursacht wurde. Dafür sprechen Indizien wie die Entdeckung eines Röntgengerätes im Fotoraum der Untersuchungshaftanstalt Gera sowie Aufzeichnungen der Stasi, die sich damit beschäftigten, wie man politische Gegner unbemerkt zu Tode bringen kann. 1999 starb Fuchs an Krebs. (Hans-Joachim Föllmer In: Das Parlament, Nr. 40/41, 2007, S. 102.)

3.2 Arbeitsaufträge zu M 1 und M 2

1. Geben Sie die Meinungen und die Untersuchungsergebnisse zur DDR Nostalgie wieder (M 1).
2. Untersuchen Sie, ausgehend von den Arbeitsergebnissen zu Arbeitsauftrag 1, die Beschreibung der Biographie von Jürgen Fuchs. Zu welchen Erkenntnissen über die SED-Diktatur gelangen Sie durch die Interpretation des Textes? (M 2)
3. Diskutieren Sie in Gruppen die Fragen, welche Gründe es für die „DDR Nostalgie“ geben kann und welche Informationen Sie über das politische System der DDR erarbeiten müssen, um sich ein eigenes, gefestigtes Urteil über das politische System und über das Leben in der DDR zu verschaffen.

3.3 Materialien für die Analyse- und Erarbeitungsphase

M 3 Zentrale ideologische Elemente der SED-Diktatur

Selbstverständnis der DDR Diktatur

„Sozialistische Demokratie: Politische Machtausübung der von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten werktätigen Massen des Volkes, die mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats die formale bürgerliche Demokratie überwindet und ablöst.“ (Kleines Wörterbuch, Dietz Verlag, Berlin/Ost 1983, S. 858)

Legitimation der DDR Diktatur

A) GEMEINSAME PRODUKTION UND KONSUMTION IN DER URGESELLSCHAFT

Was die aus dem Tierreich hervorgehende und sich in kleinen Gemeinschaften formierende Gesellschaft von allen zoologischen Verbänden grundlegend unterschied, war die von Anfang an gemeinschaftliche Arbeit...Gemeinschaftliche Produktion, Verteilung und Konsumtion auf der Basis des Gemeineigentums an Produktionsmitteln kennzeichnen den in der Urgeellschaft herrschenden Grundtyp der Produktionsverhältnisse.

(Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Von einem Autorenkollektiv, (Dietz Verlag), Berlin [Ost] 1985, S. 39/40.)

B) DIE ÜBERWINDUNG DER ENTFREMDUNG UND SELBSTENTFREMDUNG

www.DDRMythen.de

Die Ursachen der Entfremdung und Selbstentfremdung sah Marx in der Entwicklung der ökonomischen Ordnung und der mit ihr jeweils verbundenen Arbeitsorganisation (in der Sklavenhaltergesellschaft, im Feudalismus und im Kapitalismus, C.D.), in der auf Arbeitsteilung und Privateigentum beruhenden Gesellschaftsordnung werde das von den arbeitenden Menschen erzeugte Produkt der Privatbesitz eines anderen.

In dieser „Entfremdung des Menschen vom Produkt seiner Arbeit“ sah Marx die grundlegendste Form aller Entfremdung des Menschen. Hinzu komme, dass durch die fortschreitende Arbeitsteilung der Arbeiter nur noch Teilhandlungen verrichtet werden. Das Endprodukt verschwindet aus seinem Gesichtskreis und aus seiner Verantwortung ... Die zunehmende Bedeutung des Gelderwerbs wirkt sich negativ auf die zwischenmenschlichen Beziehungen aus.

Der Arbeiter wird somit dem Produkt seiner Arbeit entfremdet, da er darüber nicht zu bestimmen hat. Er wird der Arbeit selbst entfremdet, die er als Fron auffasst; er wird damit sich selber, seinem wahren Wesen entfremdet und schließlich wird er seinem Mitmenschen entfremdet (Band 3, S.86+359).

Entfremdung und Selbstentfremdung sind für Marx ein Teil des kapitalistischen Systems. (Informationen zur politischen Bildung, H. 175, 8.7f., Bezugnahme auf: Karl Marx/ Friedrich Engels: Werke, herausgegeben vom ZK der SED, Ost-Berlin 1956-1964.)

C) DIE AUFHEBUNG DER ENTFREMDUNG IN DER KLASSENLOSEN KOMMUNISTISCHEN GESELLSCHAFT

Die Entfremdung wird durch die Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln und durch die so geschaffene klassenlose Gesellschaft überwunden:

Die klassenlose Gesellschaft wird „die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder“ ermöglichen, „durch die Beseitigung der bisherigen Teilung der Arbeit“, und einen Zustand herbeiführen, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Die „knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit“ wird überwunden und „damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit“. Die Arbeit ist dann nicht nur Mittel zum Leben, sondern „das erste Lebensbedürfnis“.

In der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft wird in der Schulbildung die „produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik“ verbunden und der technologische Unterricht in die Schulen eingeführt als wichtigste Methode zur Heranbildung „vollseitig entwickelter Menschen“. Durch die Überwindung der Arbeitsteilung und das neue Schulsystem wird es möglich sein, „das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion“ zu ersetzen „durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind“.

(Informationen zur politischen Bildung, H.178, S.14f., Zitate aus: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, herausgegeben vom Institut für Marxismus- Leninismus beim ZK der SED, Ost-Berlin 1956 ff.)

M 4 Strukturelemente der SED-Diktatur**A) SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE UND DIE FÜHRENDE ROLLE DER PARTEI**

www.DDRMythen.de

„Die sozialistische Demokratie ist die Staatsform der Diktatur des Proletariats...“

Als wichtigste Elemente der sozialistischen Demokratie gelten:

- die Herrschaft der Arbeiterklasse,
- die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei
- die umfassende gesellschaftliche Geltung des demokratischen Prinzips in diesem Sinne
- die wachsende Einheit von persönlichen Interessen, Kollektivinteressen und gesamtgesellschaftlichen Interessen, d.h. aber der von Partei und Staat definierten Politik

Daraus folgt die Bestimmung der führenden Rolle der Partei, die nicht nur Träger des Wissens um die Bewegungsgesetze der Geschichte ist und folglich den revolutionären Kampf anzuleiten hat, sondern auch nach ihrer Machtübernahme Lehrer und Führer der ganzen Gesellschaft beim Aufbau des Sozialismus ist." Die Partei „... soll nach Lenin Vorhut sein, nur die bewusstesten Teile der Arbeiterklasse umfassen und sich aus Kadern zusammensetzen, die die revolutionäre Tätigkeit als Hauptberuf ansehen und alles andere, einschließlich ihres Privatlebens, dem Kampf der Partei unterordnen...“.

Lenin versteht ‚Diktatur des Proletariats‘ in einem sehr wörtlichen Sinne: Als Unterordnung und Disziplin sowohl in der Partei (Verbot von Fraktionen, strengste Willenseinheit) als auch in der Produktion. Der Wille der revolutionären Vorhut darf durch nichts, auch nicht durch Recht und Gesetz, begrenzt oder in seiner Durchsetzungsfähigkeit eingeschränkt werden...“.
(Informationen zur politischen Bildung, H. 192, S. 26f.)

B) WILLENSBILDUNGSPROZESS IN PARTEI UND STAAT: DEMOKRATISCHER ZENTRALISMUS

23. Der Organisationsaufbau der Partei beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Dieser Grundsatz besagt:

- a) daß alle Parteiorgane von unten bis oben demokratisch gewählt werden;
- b) daß die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden;
- c) daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die nachgeordneten Organe verbindlich sind, straffe Parteidisziplin zu üben ist und die Minderheit sowie der einzelne sich den Beschlüssen der Mehrheit diszipliniert unterordnet.

(Statut der SED, 1976.)

Der demokratische Zentralismus ist das entscheidende Organisationsprinzip, durch das die geforderte Willenseinheit verwirklicht wird. Er gilt daher nicht nur für den Parteiaufbau, sondern auch für alle anderen gesellschaftlichen Organisationen der DDR und für die staatlichen Organe auf allen Ebenen. (Informationen zur politischen Bildung, H. 192, S. 27.)

C) INTERESSENIDENTITÄT VON PERSÖNLICHEN INTERESSEN, KOLLEKTIVINTERESSEN UND GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN INTERESSEN?

www.DDRMythen.de

... Nur das gesellschaftlich als richtig erkannte und deshalb von der Partei festgelegte Ziel sowie ihre prinzipienfeste, dem demokratischen Zentralismus entsprechende marxistisch-leninistische Führungstätigkeit gewährleisteten die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ...

(Konrad Naumann, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin, 1981.)

Im Sozialismus ist der Gegensatz, der alle anderen Klassengesellschaften durchzieht, nämlich der Gegensatz zwischen den Produzenten und den Eigentümern an den entscheidenden Produktionsmitteln und damit auch der Gegensatz zwischen denen, die politische Macht besitzen, und denen, die durch diese Macht unterdrückt und vom Eigentum an Produktionsmitteln ferngehalten werden, endgültig aufgehoben worden. Die sozialistische Macht und Eigentumsverhältnisse sind Ausdruck und Garantie, daß die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen ihre Interessen durch die Politik selbst realisieren, daß die gesellschaftlichen Interessen prinzipiell mit den kollektiven und individuellen Interessen übereinstimmen.

(Abteilung Propaganda des Zentralkomitees der SED [Hrsg.]: Studienhinweise für Teilnehmer der Zirkel zum Studium von Grundlehren des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin [Ost], 1984, S. 36.)

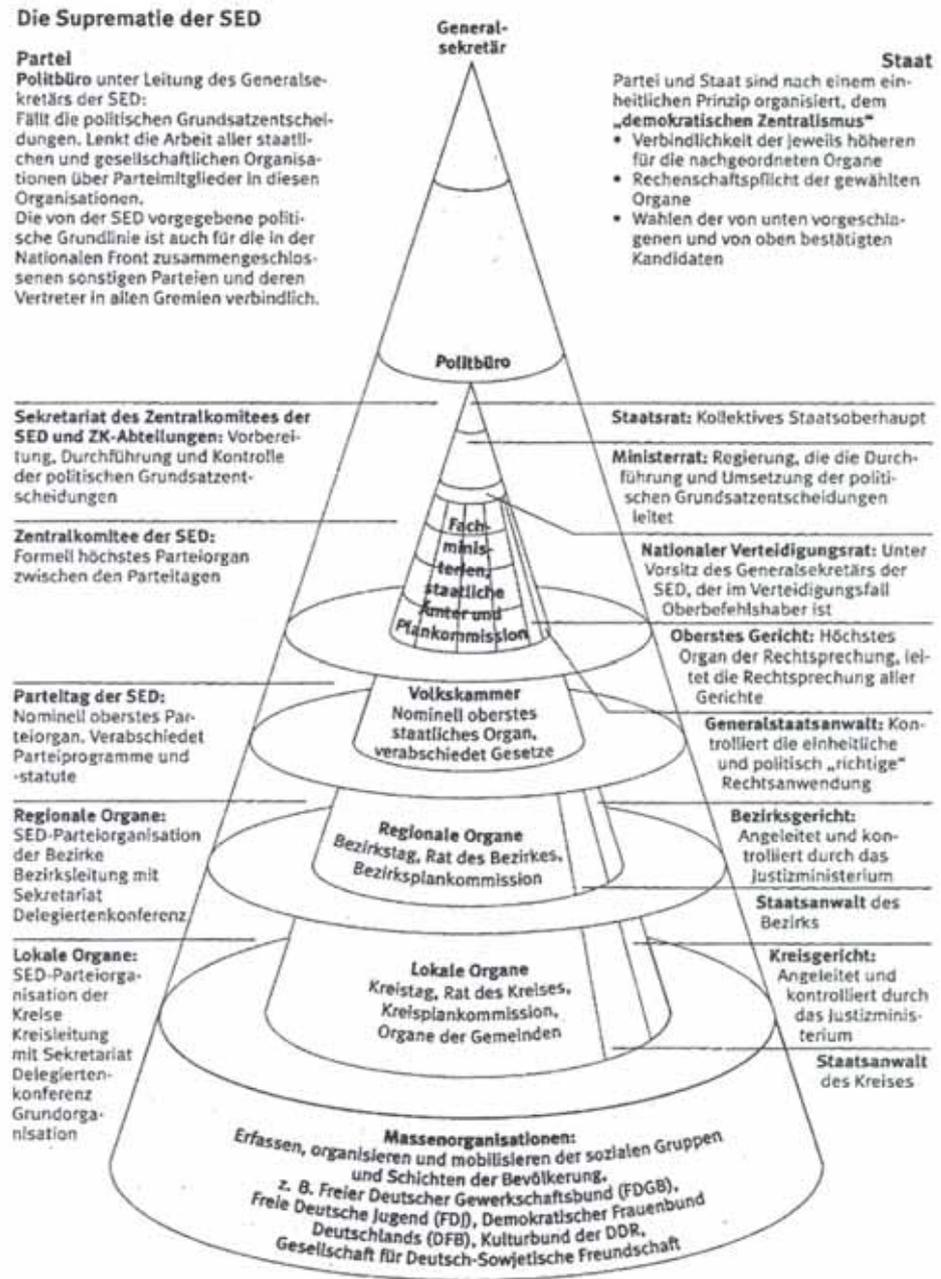
D) MOBILISIERUNG DER BEVÖLKERUNG DURCH DIE SED, DIE ANDEREN PARTEIEN UND DIE MASSENORGANISATIONEN

Die Umgestaltung der SED zu einer „Partei neuen Typs“ im leninistischen Sinne und die „Säuberung der Partei“, durch welche viele ehemalige SPD-Mitglieder ausgeschlossen wurden, war eine Voraussetzung für die Machterweiterung und Herrschaftssicherung der kommunistischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone. Hinzu kamen der politische Druck auf die bürgerlichen Parteien, die CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands) und die LDPD (Liberal- Demokratische Partei Deutschlands) sowie die Neugründungen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD). Diese neu gegründeten Parteien sollten der liberalen und der christlichen Partei Wähler und Einfluss entziehen. Alle Parteien mussten die führende Rolle der SED anerkennen. Die Aufgabe der Massenorganisationen bestand darin, die Politik der SED zu unterstützen: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB, Verbindung zwischen der SED-Führung und der Masse der Arbeiter, auch zuständig für Sozialversicherungen, Ferienheime etc.). Freie Deutsche Jugend (FDJ, organisierte die Jugendlichen von 14-25 Jahren), Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), Kulturbund der DDR (KB, Künstler und Schriftsteller), Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (GDSF), Gesellschaft für Sport und Technik (GST, Vorbereitung Jugendlicher auf die Verwendung in der Volksarmee), Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB).

(Deichmann, Carl, Abiturwissen Politik. Der Weg zur Einheit und das vereinigte Deutschland, Stuttgart 1998, S. 15/16.)

Abb. 1: Die Suprematie der SED

www.DDRMythen.de



Aus: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik – Ein Vergleich, Bonn 1988, S. 17.

M 6 Das Ministerium für Staatssicherheit

Die Bedeutung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) für die Stabilisierung des politischen Systems der DDR wurde in der Öffentlichkeit erst nach der Wende deutlich. Erst nachdem am 15.1.1990 empörte Stasi - Opfer die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße gestürmt hatten und besetzt hielten und nachdem die erste frei gewählte Volkskammer der DDR am 7.6.1990 die Einsetzung eines parlamen-

tarischen Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit beschlossen hatte, wurde deutlich, dass „die Stasi“ unter der Leitung des langjährigen Ministers Erich Mielke ein flächendeckendes und fast lückenloses System der Überwachung und Bespitzelung der DDR-Bevölkerung entwickelt hatte. Neben den hauptamtlichen Mitarbeitern sollten besonders die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ (IM) dafür sorgen, dass die Stasi aus allen gesellschaftlichen Bereichen (Betrieben, Schulen, Universitäten, Parteien, Kirchen) besonders auch aus „möglichen Oppositionskreisen“ wie kirchlichen Gruppierungen, Literaturzirkeln etc. Informationen erhielt und somit Einfluss auf die Entwicklung in diesen Bereichen ausüben konnte.

Mitarbeiterzahlen:

Hauptamtliche Mitarbeiter:			
1950:	2700	1980:	75138
1960:	22843	1989:	91015
1970:	43311		

(Quelle: Gieseke, Jens, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000, S. 552-557.)

Inoffizielle Mitarbeiter:			
1983:	≈ 172000	1987:	≈ 176000
1984:	≈ 173000	1988:	≈ 174000
1985:	≈ 176000	1989:	≈ 174000
1986:	≈ 176000		

(Quelle: Müller-Engbers, Helmut (Hrsg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 3. Aufl., Berlin 2001, S. 59.)

„Der Staatssicherheitsdienst verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“- die Embleme des KGB und des MfS zeigten diese beiden Symbole....Die Staatssicherheit war eines der wichtigsten Herrschaftsmittel der SED und wirksames Repressionsinstrument nach innen. Die politischen Vorgaben der SED bestimmten Ziele und Aufgaben des Ministeriums....Wie alle anderen staatlichen Einrichtungen war das Ministerium für Staatssicherheit ein Instrument der politischen Herrschaft der SED. Sie war politisch verantwortlich für durch das MfS ausgeübte Repression. (Gert - Joachim Glaebner, Politik in Deutschland, Wiesbaden 2/2006, S.195)

Nach dem Einigungsvertrag vom 31.8.1990 mussten die Akten des MfS auf dem Gebiet der DDR verbleiben und von einem Sonderbeauftragten der Bundesregierung verwahrt werden. Das am 20.12.1991 in Kraft getretene „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ schuf eine Zentralstelle zur Aufbewahrung der „Stasi-Akten“ in Berlin und Außenstellen in den neuen Bundesländern, in denen sich die Bürger über die von der Stasi angelegten Akten und Methoden der Bespitzelung informieren können.

M 7 Bedeutung der Parteiendiktatur für die Alltagswelt der Bürger / Interne Kritikwww.DDRMythen.de**A) WIRKSAMKEIT UND BEDEUTUNG DER IDEOLOGIE**

Die Kluft zwischen einer alles erklärenden Ideologie, mit der die Deutschen in der DDR Tag für Tag leben müssen, und ihrer eigenen Lebenserfahrung ist groß. Dennoch ist der ideologische Strom, in den alles, was sich in der DDR vollzieht, getaucht wird, ein Element der Lebenswirklichkeit dieses Systems...

Auf der einen Seite bedeutet dies, dass alles gesellschaftliche Handeln sich irgendwie in den ideologischen Zusammenhang einfügt und in den entsprechenden Formeln interpretiert werden muss; auf der anderen Seite führt die aufdringliche Allgegenwart des ideologischen zum Misstrauen und zur Gleichgültigkeit gegenüber dem jeweiligen ideologischen Gehalt...

Die Ideologie bleibt äußerlich, sie geht nicht als wirksame Motivation ins Bewusstsein ein, wie es eigentlich sein sollte ... Man nimmt sie hin, plappert ihre Formeln gegebenenfalls nach, aber sie ist in der Regel nicht integrierender Teil des individuellen Lebens und seiner Daseinsgestaltung. Das sozialistische Bewusstsein existiert darum erst sehr unvollkommen in den Köpfen der meisten Bürger des politischen Systems der DDR.

Trotzdem ist in den letzten Jahren, wie von zahlreichen Beobachtern festgestellt worden ist, das positive Bewusstsein der Zugehörigkeit der DDR-Bewohner zu ihrem Staatswesen und zu ihrer Gesellschaftsordnung als einem System eigener Art, das respektable Verdienste vorzuweisen hat, etwas gewachsen. (Sontheimer, Kurt / Bleek, Wilhelm, Die DDR – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1979, S. 56ff.)

B) GRUNDRECHTE / GRUNDPFLICHTEN IM SOZIALISTISCHEN STAAT

Die Grundrechte ... sind nicht Rechte gegenüber dem Staat; sie garantieren nicht den Schutz einer staatsfreien Privatsphäre für den einzelnen, sondern sie wirken als Integrationsrechte, indem sie dem einzelnen die Mitwirkung am Leben des Staates garantieren ... Auffallend ist die ... starke Betonung von Grundpflichten als der notwendigen Ergänzung von Grundrechten. Rechte und Pflichten bilden nach Auffassung der Rechtstheoretiker der DDR eine untrennbare Einheit. ...

Im Gegensatz zur Betonung der individuellen Freiheitsrechte im westlichen System stehen bei den sozialistischen Grundrechten die Betätigungsrechte im Vordergrund, und zwar:

1. das Recht und die Pflicht zu gesellschaftspolitischer Betätigung
2. das Recht und die Pflicht zur Arbeit, weil nur durch die Einbeziehung in den sozialen Arbeitsprozess der Mensch zur vollen Entfaltung seiner produktiven Fähigkeiten gelangen könne, und schließlich
3. das Recht und die Pflicht zur Bildung; durch Bildung nimmt der Einzelne teil am allgemeinen kulturellen Prozess und entwickelt seine geistigen Anlagen, die ihn wiederum befähigen, innerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses sein Bestes zu geben
...

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

Es kann also keine Betätigung von Grundrechten gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung geben, auch die Indifferenz gegenüber der Gesellschaft wird grundrechtlich nicht geschützt, das heißt aber, dass die Grundrechte nur bestätigen, was der Staat ohnehin von seinen Bürgern will, nämlich die aktive Mitarbeit zum Wohle des Ganzen.

(Sontheimer / Bleek, a.a.O., S. 124f.)

§ 106 des Strafgesetzbuches der DDR (v. 28.6.1979)

„staatsfeindliche Hetze. (1) Wer die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR angreift und gegen sie aufwiegelt, indem er 1. die gesellschaftlichen Verhältnisse, Repräsentanten oder andere Bürger der DDR wegen deren staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit diskriminiert ... wird mit Freiheitsstrafe von 1-8 Jahren bestraft“.

C) INTERNE KRITIK

Rudolf Bahro, Mitglied der SED und zuletzt als Fachmann für Rationalisierung in einem Ostberliner Kombinat tätig, hatte in langjähriger Arbeit eine theoretisch anspruchsvolle Untersuchung „zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ verfasst, die unter dem Titel „Die Alternative“ im August 1977 in einem westdeutschen Verlag erschien.

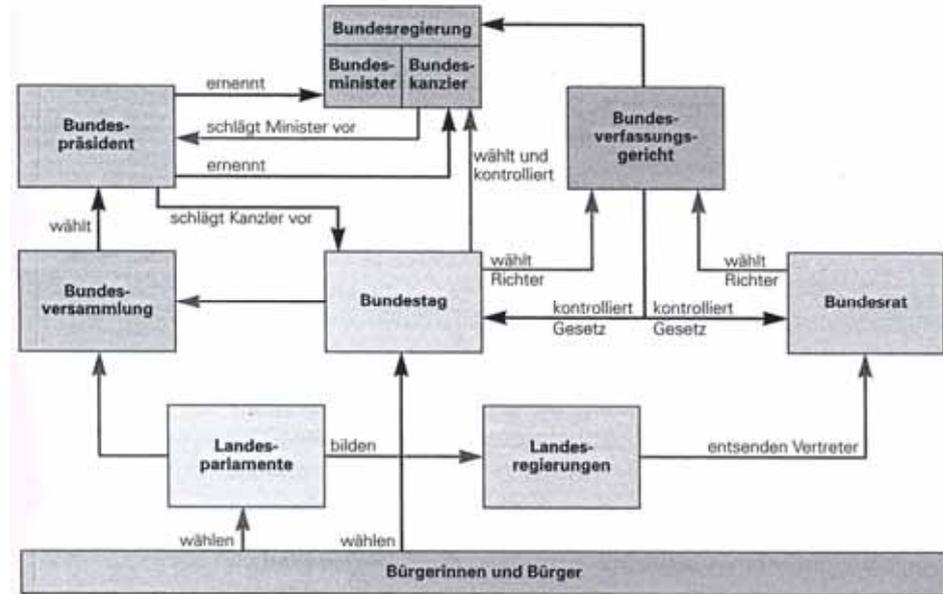
In der „Alternative“ ... rechnet der Marxist Bahro mit den sozialistischen Systemen sowjetischer Prägung ab, indem er die wahren Intentionen des Marxismus an den realen Verhältnissen misst, die sich in den sozialistischen Ländern herausgebildet haben: „Ich werde zeigen, dass in unseren Ländern eine Staatsmaschine herrscht, wie sie Marx in der Revolution zerbrechen wollte, um sie in keiner Form und unter keinem Vorwand auferstehen zu lassen.“ (S. 36) Bahro verwirft den Anspruch der offiziellen Ideologie, eine entwickelte sozialistische Gesellschaft zu sein.

Es sei nicht einmal gerechtfertigt, von einer frühsozialistischen Gesellschaft zu sprechen. „Wir haben Sozialismus im Larvenstadium“ (S. 25).

Seine Kritik richtet sich vor allem gegen die „Herrschaft des Apparats über die Gesellschaft“, gegen die „Verdoppelung der unförmigen Staatsmaschine in einen Staats- und Parteiapparat“, gegen einen Bürokratismus, der „einen spezifischen Menschentyp von konservativer Mittelmäßigkeit“ erzeuge, gegen die Situation einer Arbeiterklasse, „die keine anderen Kader, keine anderen Organisationen besitzt, als die, von denen sie beherrscht wird“, gegen die „quasi-theokratische Struktur“ eines Systems, das er als einen „säkularisierten Gottesstaat“ bezeichnet, in dem weltliche und geistige Autorität derart in einer Hand vereint seien, dass jede Distanzierung auch von Details der bürokratischen Praxis als ideologische Ketzerei verdächtigt würde.

(Sontheimer / Bleek, a.a.O., S. 54f.)

www.DDRMythen.de



Quelle: Pötzsch: 52

Entnommen aus: Korte, Karl-Rudolf/ Fröhlich, Manuel: Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, 2., überarb. Aufl., Paderborn 2004, S. 42.

M 9: Strukturprinzipien der Bundesrepublik Deutschland

Demokratieprinzip (1)	Rechtsstaatsprinzip (2)	Sozialstaatsprinzip (3)	Bundesstaatsprinzip (4)
Politische Herrschaft kann nur im Namen des ganzen Volkes, nicht im Namen einer Klasse (etwa im Namen des Proletariats wie in einer kommunistischen Volksdemokratie, z. B. der DDR) oder einer Rasse (wie in der nationalsozialistischen Diktatur) ausgeübt werden/ gleiche Rechte für alle Staatsbürger (gleiche Grundrechte, gleiche Wahl- und Stimmrechte)/ Selbstbestimmung für das Volk als Ganzes. Das Demokratiemodell des Grundgesetzes orientiert sich an der Repräsentationstheorie.	Die Privatsphäre des Einzelnen soll gegenüber staatlichen Eingriffen, den Eingriffen anderer Individuen und gesellschaftlicher Gruppen geschützt werden; dieses Rechtsprinzip zu beachten, sind die staatliche Exekutive und die Gerichte verpflichtet. Garantien der Freiheitssicherung sind die Menschenrechte. Das Gleichheitsprinzip bezieht sich zunächst auf die „Gleichheit vor dem Gesetz“, besteht jedoch als Forderung gesellschaftlicher Gruppen (z.B.	Das in Art. 20, Abs. 1 GG enthaltene Sozialstaatspostulat „die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ ist als Kernbestand der Demokratie und als Gestaltungsauftrag für die politischen Kräfte aufzufassen. Es ist als Reaktion auf das soziale Elend der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert (keine Hilfe bei Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität) entstanden, in der Weimarer Republik und in der	Das Bundesstaatsprinzip (vgl. Art. 20 GG) meint die Struktur des Gesamtstaates, der sich aus den Gliedstaaten, den Ländern, und ihrem Zusammenschluss, dem Bund, zusammensetzt. Der Bundesstaat wird in Art. 79 Abs. 3 mit einer „Ewigkeitsgarantie“ ausgestattet, ebenso wie die Grundsätze, die in Art. 1 (Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte) und Art 20 (Verfassungsgrundsätze und Widerstandsrecht) festgelegt sind. Die

<p>rie und der Konkurrenztheorie der Demokratie</p>	<p>Arbeitnehmer, Frauen) für die Realisierung in der Gesellschaft. Die rechtlichen Folgen seines Handelns sollen für den Bürger kalkulierbar sein. Er soll nicht der Willkür des Staates oder anderer Bürger und Gruppen ausgesetzt sein. Methoden u.a.: Ex-post-facto-Verbot (keine rückwirkende Geltung von Strafgesetzen), Verbot willkürlicher Verhaftung, Bindung von Exekutive, Judikative und Legislative an Verfassung und Recht, Gesetzesvorbehalt, d.h., der Staat darf in die Privatsphäre des Einzelnen nur aufgrund eines Gesetzes eingreifen. Die traditionelle Gewaltenteilung in Exekutive, Judikative und Legislative wird immer mehr durch die Gewaltenschränkung der exekutiven und legislativen Gewalt verändert (Regierung und Parlamentsmehrheit einer Opposition andererseits). Wichtige Elemente der Gewaltenteilung sind deshalb die Unabhängigkeit der Gerichte sowie der Föderalismus.</p>	<p>Bundesrepublik wesentlich ausgeweitet worden (Rentenversicherung, Pflegeversicherung u.a.) Obwohl im Grundgesetz die sozialen Grundsätze – etwa das Recht auf Arbeit – nicht verankert sind, ist der Staat nach Art. 20 GG verpflichtet, Lebensbedingungen zu schaffen, die den Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit entsprechen. Nach Art. 28 GG, Abs. 1 GG gilt dies auch für die Länder.</p>	<p>im Bundesstaatsprinzip vorgenommene Garantie des Föderalismus soll Machtkonzentration und Machtmissbrauch wie im Nationalsozialismus und in der DDR verhindern. Die Gewaltenteilung in Exekutive, Judikative und Legislative gelten zudem sowohl in den Bundesländern als auch im Bund. Nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland nehmen die nunmehr sechzehn Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen) durch den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes teil.</p>
---	---	--	---

3.5 Arbeitsaufträge für die gesamte Unterrichtsreihe

1. Beschreiben Sie das Selbstverständnis und die Ideologie der SED (M3). Mit welchen Argumenten wird der Wahrheits- und Herrschaftsanspruch begründet? Beurteilen Sie die Argumente unter den Gesichtspunkten von individueller Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Definieren Sie diese Begriffe vor deren Verwendung.
2. Beschreiben Sie die Struktur der SED - Diktatur (M 4; M 5; M7), indem Sie besonders die Frage berücksichtigen, in welcher Weise der Herrschaftsanspruch der SED gesichert wurde. Diskutieren Sie in Gruppen die Frage: „War der Sozialismus in der DDR gut, nur von der SED und von der Stasi mit falschen Mitteln durchgesetzt?“
3. Stellen Sie die Bedeutung der Ideologie der SED und der Parteiendiktatur für den Alltag der Bürger heraus und stellen Sie Vermutungen darüber an, aus welchen Gründen die Menschen in der DDR so unterschiedlich auf die SED – Diktatur reagierten und heute reagieren(M 1; M2; M 7). Überlegen Sie, wie Sie sich in konkreten Lebenssituationen in der DDR verhalten hätten. Gehen Sie von den Arbeitsergebnissen aus den Arbeitsaufträgen 1 – 3 aus und führen Sie einen Vergleich zwischen der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR durch. Legen Sie Ihrem Vergleich die Gesichtspunkte „Legitimation der politischen Herrschaft, politische Struktur, Gesellschaftsstruktur, Bedeutung der Politik für die Alltagswelt der Bürger“. Wählen Sie auch andere Gesichtspunkte, die Ihnen bedeutsam erscheinen.

www.DDRMythen.de

Abteilung Propaganda des Zentralkomitees der SED [Hrsg.], Studienhinweise für Teilnehmer der Zirkel zum Studium von Grundlehren des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin [Ost], 1984.

Autorenkollektiv, (Hrsg.), Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Von einem Autorenkollektiv, Berlin [Ost] 1985.

Bochenski, Innocent Marie Joseph, [Kommunistische Ideologie I](#) (= Informationen zur politischem Bildung, H.178), Wiesbaden 1984.

[Böger, Klaus-Dieter, Bundesrepublik Deutschland - DDR I : Vergleich der politischen Systeme](#) (= Informationen zur politischen Bildung, H. 192), München 1982.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik – Ein Vergleich, Bonn 1988.

Deichmann, Carl, Abiturwissen Politik. Der Weg zur Einheit und das vereinigte Deutschland, Stuttgart 1998.

Deichmann, Carl, Lehrbuch Politikdidaktik, Wien/München 2004.

Deichmann, Carl, Politische Bewusstseinsbildung in der Alltagswelt: Bedeutung des personenbezogenen Ansatzes, in: Polis. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, H. 2/2007, S. 13- 16.

Edinger, Michael/Hallermann, Andreas/Schmitt, Karl, Politische Kultur im Freistaat Thüringen 1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2005, Jena 2005.

Föllner, Hans-Joachim, Dem Zorn der Obrigkeit getrotzt, in: Das Parlament, Nr. 40/41, 2007.

Gagel, Walter, Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts, Opladen 2000.

Gieseke, Jens, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000.

Glaebner, Gert - Joachim, Politik in Deutschland, Wiesbaden 2/2006.

Korte, Karl-Rudolf/ Fröhlich, Manuel, Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, 2., überarb. Aufl., Paderborn 2004.

Marx, Karl/ Engels, Friedrich, Werke, herausgegeben vom ZK der SED, Berlin (Ost) 1956-1964.

Müller-Engbers, Helmut (Hrsg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 3. Aufl., Berlin 2001.

Ploenus, Michael, Das lange Leben der DDR, in: Tabula Rasa. Jenenser Zeitschrift für kritisches Denken, Ausg. 17, Jena 2002.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

[Pöttsch, Horst, Arbeitnehmer und Betrieb](#) (= Informationen zur politischen Bildung, H. 175), Wiesbaden 1991.

www.DDRMythen.de

Sontheimer, Kurt / Bleek, Wilhelm, Die DDR – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1979.

Sozialistische Demokratie, in: Kleines Wörterbuch, Berlin(Ost) 4/1983.

Statut der SED, Berlin (Ost) 1976.